53. Jahrgang. № 72. Sonnabend, 13. März 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; theilweise Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 50 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Beleglatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Milch-Chocolade No. 600.** Einzelverkauf · Dresden, Altmarkt 2.

Treppenhauer 1 Seestrasse 1. — nur Seestrasse 1. — **Konfirmanden-Geschenke!** Uhren und Goldwaren. — nur Seestrasse 1. — **Treppenhauer** 1 Seestrasse 1.

Hahn Nachf. Inhaber: E. Müller **Hofphotogr.** Dresden-A. Ferdinandstrasse 11. 12 Visit 6 Mk. Höchste Auszeichnungen auf nationalen und internationalen Ausstellungen.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wärmer, vorwiegend trübe, Niederschläge.

Im **Preußischen Abgeordnetenhaus** äußerte sich Landwirtschaftsminister v. Arnim der Anregung eines neuen Waldschutzgesetzes gegenüber sehr entgegenkommend.

Auch Lippe-Detmold erklärt sich gegen das **Steuerkompromiß** und tritt für die Nachlaßsteuer ein; in der „Staatsbürger-Zeitung" wird der Vorschlag einer **Reichs-Petroleumsteuer** aufs neue erörtert.

In leitenden Kreisen wird, der „Tägl. Rundsch." zufolge, die Frage erwogen, ob ein Ausbau der Regierungsvorlage über die **Erbrechtsreform** behufs höherer Einkünfte für das Reich angängig erscheint.

Das **Reichsluftschiff** hat durch seine gestrige Fahrt bewiesen, daß es imstande ist, längere Zeit außerhalb der Gefahrzone (1500 Meter) beobachtend zu verweilen.

„Petit Parisien" zufolge ist in Rom von einem Besuch **König Victor Emanuels** beim **Fürsten von Monaco** zur Zeit der Anwesenheit des Präsidenten **Fallières** die Rede.

Durch **Explosion** einer **Dynamitpatrone** in der Gendarmeriekaserne von Limoges wurde bedeutender Materialschaden angerichtet.

Die ultramontane Geisteskuechtung

treibt immer ärgere Blüten. Nach Schell Tremel! Dieser neue Fall römisch-priesterlicher Unduldsamkeit ist so recht geeignet, die ganze Tiefe der unerbittlichen Feindschaft zu enthüllen, von der die Träger des jesuitisch-ultramontanen Systems gegenüber den gesamten Errungenschaften der modernen Kultur- und Geisteswelt erfüllt sind. Einer der obersten Grundsätze der im guten Sinne des Wortes neuzeitlichen Weltanschauung ist die Auffassung des Menschen als einer freien, geistigen und sittlichen Persönlichkeit, die mit dem Rechte einer vernünftigen Selbstbestimmung innerhalb der vom Gesetz und von Moral, Zucht und Ordnung vorgeschriebenen Grenzen ausgestattet ist. Dieses Grundrecht auf Persönlichkeit aber ist dem Ultramontanismus in tiefster Seele verhaßt, weil es seiner eigenen Denk- und Auffassungsweise schnurstracks zuwiderläuft. Alles jesuitische Wesen, wie es gegenwärtig in der römischen Kirche wieder zur vollen und unbestrittenen Herrschaft gelangt ist, läuft auf den schlimmsten priesterlichen Menschendrill hinaus und sucht mit den verwerflichsten Mitteln eines unerhörten Gewissenszwanges jede selbständige Denktätigkeit zu unterdrücken, an deren Stelle nach der Absicht der hierarchischen Drahtzieher ein blinder Kadavergehorsam gegen die „unfehlbare" päpstliche Autorität, eine jeder eigenen Entschließung, jedes unabhängigen Urteils bare Unterwürfigkeit gegen die kirchliche Behörde treten soll. Der Zweck dieses Systems ist die unbedingte Herrschaft über die Geister. Wie ein roter Faden zieht sich durch die gesamten römisch-kirchlichen Einrichtungen das Bestreben, durch planmäßige Bekämpfung jeder freien Geistesregung die Menschen auf das Niveau von Marionetten herabzudrücken, welche die Kirche am Gängelbande hält, um nach Belieben mit ihnen zu walten und zu schalten und sie als willenlose Werkzeuge der ungemessenen weltlichen Herrschsucht, von der die hochmögenden Träger dieses Systems beseelt sind, zu gebrauchen. Die Religion dient diesen Bestrebungen lediglich als Deckmantel. Ob ihre heilige Reinheit befleckt wird, ob die edelste und vornehmste Aufgabe der Kirche, die Pflege der Seelsorge, den schwersten Schaden leidet, ist den Vertretern des jesuitischen Ultramontanismus Hekuba, wenn sie nur zu ihrem Ziele, der Förderung ihres weltlichen Machtbedürfnisses, gelangen, mag auch Unheil schlimmster Art auf ihrem Pfade einherschreiten.

Daß diese Kennzeichnung des jesuitisch-ultramontanen Systems keine Uebertreibung enthält, sondern der unleugbaren Wahrheit entspricht, beweist die Geschichte unwiderleglich. Jeder, der mit dem ernsten Willen, das objektiv Richtige zu finden, in ihren Tafeln forscht, wird für die weltlichen Umtriebe des Ultramontanismus so zahlreiche Beweise antreffen, daß er ob der namenlosen Leiden, die jesuitische Herrschsucht und Unduldsamkeit über die Menschheit verhängt haben, bis ins tiefste Mark erschauern muß. So kann es denn nicht wundernehmen, daß die Macht der geschichtlichen Wahrheit je länger, desto mehr sich auch in katholischen Kreisen durchbohrt und daß dem Prinzip des starren Gewissenszwanges aus den eigenen Reihen der von ihm Betroffenen mehr und mehr ernste Widersacher erstehen. Ignaz Döllinger, Franz Xaver Kraus und Schell sind drei der hervorragendsten Kulturpioniere dieser Art, die der Wahrheit die Ehre gegeben und die vom Ultramontanismus betriebene Verquickung von Religion und Politik schonungslos aufgedeckt und an den Pranger gestellt haben. Neuerdings hat sich der bayrische Pfarrer Tremel zu ihnen gesellt, dessen kirchliche Maßregelung selbst im urkatholischen Bayernlande einen Sturm der Entrüstung entfacht und die Geister mächtig aufgerüttelt hat.

Das „Verbrechen", dessen die kirchliche Behörde den Pfarrer Tremel bezichtigt, besteht darin, daß er durch eine politische Rede und durch seine Zugehörigkeit zu einem liberalen Verein „öffentliches Aergernis" erregt und den Erzbischof von Bamberg, seinen Oberhirten, „gekränkt" haben soll. In der vom erzbischöflichen Ordinariat beanstandeten Rede hatte Pfarrer Tremel u. a. erklärt, daß seine geschichtlichen Forschungen ihn zu der Ueberzeugung von der kulturellen Schädlichkeit des die Religion mit Politik und weltlichen Machtbestrebungen verquickenden ultramontanen Systems gebracht hätten und daß er sich in Konsequenz dieser Erkenntnis auf politischem Gebiete der liberalen Richtung angeschlossen habe. Damit hatte Pfarrer Tremel dermaßen tief in das ultramontane Wespennest gestochen, daß er der schärfsten Verfolgung, der Aufbietung des gesamten jesuitischen Terrorismus gegen seine Person von vornherein sicher sein mußte. So ist es denn auch tatsächlich gekommen. Zuerst forderte das Ordinariat von Tremel „öffentliche Abbitte", und als der Gemaßregelte gegenüber dieser Zumutung erklärte, er werde gegen die Beeinträchtigung seiner staatsbürgerlichen Rechte den Schutz der staatlichen Gewalt anrufen, drohte man ihm im Falle der Verwirklichung seiner Absicht kaltblütig mit der Exkommunikation, also der schwersten kirchlichen Strafe überhaupt!

Für den modernen Staatsbegriff ist dieses selbstherrliche Vorgehen der römischen Kirchenbehörde geradezu ein Schlag ins Gesicht. Es ist mit den Interessen eines nationalen Gemeinwesens schlechtweg unverträglich, daß sich auf solche Weise ein kirchlicher Staat im Staate organisiert und ganz ungeniert die praktischen Folgerungen aus der mittelalterlichen papistischen Theorie zieht, kraft deren die Kirche dem Staate nicht unter-, sondern übergeordnet ist und staatlichen Rechten nach Belieben die Anerkennung versagen darf. Die Auffassung, die hier der Bamberger Erzbischof vertritt, wurzelt mit ihren letzten Konsequenzen in jener Zeit, als der Papst Kaiser und Könige „absetzte" und über ganze Länder den Bannfluch aussprach, wenn sie sich seinem diktatorischen Machtspruche nicht willig unterordneten. Gegen derartige Auflehnungen wider das staatliche Prinzip energisch einzuschreiten, haben die Regierungen sämtlicher modernen Kulturländer ein dringendes gemeinsames Interesse. Um so mehr ist es zu bedauern, daß das bayerische Kultusministerium sich in einem so eklatanten Fall auf einen rein formalen Standpunkt stellt durch die Erklärung, es werde sich zunächst abwartend verhalten, bis der gesamte kirchliche Instanzenzug erschöpft sei. Das klingt nicht gerade nach besonderer Energie. Für alle Freunde einer starken weltlichen Autorität wäre es überaus erwünscht gewesen, wenn der bayerische Kultusminister von vornherein keinen Zweifel darüber gelassen hätte, daß die Interessen des Staates sich von ihm eines nachdrücklichen Schutzes gegen ultramontane Uebergriffe unter allen Umständen versehen dürfen. Ein moderner Staat, der sich nicht mit allen Kräften gegen hierarchische Eingriffe in seine Hoheitsrechte wehrte, würde seine eigenen Daseinsbedingungen untergraben. Es wäre daher eine verhängnisvolle Kurzsichtigkeit, wenn das bayrische Kultusministerium im Falle Tremel nicht den Entschluß finden könnte, eine so handgreifliche ultramontane Anmaßung, wie sie in der Androhung der Exkommunikation bloß wegen der Anrufung des staatlichen Schutzes durch den gemaßregelten Pfarrer in die Erscheinung tritt, mit der gebührenden Schärfe zurückzuweisen. Das erzbischöfliche Ordinariat, das dem Pfarrer Tremel die Erregung von „Aergernis" wegen seines mutigen Bekenntnisses zur Wahrheit zum Vorwurfe zu machen wagt, hat selbst durch die von ihm begangene Herausforderung der staatlichen Gewalt ein wirkliches Aergernis der schwersten Art gegeben.

Der Jungliberale Verein Bayreuth, dem Pfarrer Tremel angehört, hat in Uebereinstimmung mit dem Gemaßregelten eine Entschließung gefaßt, in der im Namen von Hunderttausenden von Katholiken die Entrüstung über den Bamberger Urteilsspruch ausgedrückt und der vom Ordinariat ausgeübte Gewissenszwang als das verwerflichste aller politischen Machtmittel verurteilt wird. Gleichzeitig wird erklärt, daß der Verein sich ebenfalls durch die Machtpolitik des Bamberger Tribunals in der Ausübung seiner politischen Rechte beschwert fühle und dagegen den verfassungsmäßigen landesherrlichen Schutz anrufen werde. Den Schluß der Kundgebung bildet ein Appell an die unabhängige Presse und das nationalgesinnte katholische deutsche Volk zur nachdrücklichen Unterstützung eines hochachtbaren deutschen Mannes im Kampfe um sein gutes staatsbürgerliches Recht und in seiner Verteidigung gegen die unerhörte politische Diktatur einer Zentrumsgewaltherrschaft, bis ein des deutschen Volkes und eines Verfassungsstaates würdiger Erfolg gesichert sei. Ein solcher Erfolg wird aber unverkennbar in erster Linie mit davon abhängen, daß Pfarrer Tremel selbst unerbittlich fest bleibt, und seine liberalen politischen Freunde haben zweifellos die unabweisbare Pflicht, ihm das zielbewußte Verharren auf seinem staatsbürgerlichen Standpunkt durch Zuweisung eines anderweitigen Wirkungskreises nach Möglichkeit zu erleichtern. Bei der allgemeinen Sympathie, deren sich Pfarrer Tremel augenscheinlich erfreut — haben doch sogar bayrische Dorfgemeinden, die der Ultramontanismus als Hochburgen seines Systems zu betrachten gewohnt war und in denen Tremel früher gewirkt hatte, ihm ihre unverhohlene Zustimmung ausgedrückt! — dürfte es nicht schwer halten, dem Gemaßregelten ein geeignetes Tätigkeitsfeld zu eröffnen. Jedenfalls muß alles daransetzt werden, um einen Ausgang, wie ihn der Fall Schell genommen hat, diesmal zu vermeiden. Wenn sich die im Katholizismus gärende Reaktion gegen das verwerfliche System der Verquickung von Politik und Religion, wie es fortgesetzt noch im 20. Jahrhundert seine kulturfeindlichen Orgien feiert, erfolgreich weiter entwickeln soll, muß in erster Linie von den Vertretern dieser Richtung selbst verlangt werden, daß sie charakterfest genug sind, um allen Troh- und Schreckmitteln der kirchlichen Inquisition zu trotzen und den guten Kampf für Wahrheit und Geistesfreiheit mit kühnem Mannesmute bis zum bitteren Ende durchzuführen. Der alte Döllinger, der bis an sein Ende niemals widerrufen hat, ist das nachahmenswerte Vorbild eines solchen Ritters ohne Furcht und Tadel.

Neueste Drahtmeldungen vom 12. März.

Aus den Reichstagskommissionen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die **Budgetkommission** führte heute die Beratung des **Militäretats** fort. Bei der Beschaffung der Munition fand eine Aussprache über die Lieferungsgrundsätze statt. Von der Mehrforderung werden 600 000 Mark abgestrichen. Bei der Verwaltung der technischen Institute wurde eine Abminderung des Verwaltungs- und Aufsichtspersonals angeregt und Prüfung dieser Frage zugesagt. Von den 17 neu geforderten Stellen für Festungsbauoffiziere wurden, obgleich die Militärverwaltung Avancementsgründe ins Feld führte, zehn Hauptmannsstellen gestrichen.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Nachmittagssitzung der **Budgetkommission** kam u. a. die Angelegenheit des Tempelhofer Feldes zur Besprechung. An die Militärverwaltung wurde die Frage gerichtet, was an den Gerüchten wahr sei, daß das Tempelhofer Feld verkauft werden solle. Von der Militärverwaltung wurde dazu erklärt, daß das Feld für die Ausbildung der Berliner Garnison nicht mehr genüge. Die Verhältnisse verschlechterten sich von Jahr zu Jahr; deshalb müsse man sich nach Ersatz umsehen. — Die Beratung des Militäretats wird am Dienstag fortgesetzt.

Preußischer Landtag.

(Fortsetzung aus dem Abendblatte.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Bei der Beratung des **Forstetats** im **Abgeordnetenhause** wurde der Erlaß eines neuen **Waldschutzgesetzes** angeregt, um die zunehmende Entwaldung zu verhüten. Landwirtschaftsminister v. **Arnim** äußerte sich dieser Anregung gegenüber sehr entgegenkommend, lehnte aber sehr entschieden das von der Linken ausgehende Verlangen ab, die fiskalischen Jagden zu verpachten. Dadurch würde das Jagd- und Forstinteresse erheblich leiden, auch würden den Gemeinden Ausfälle dadurch entstehen, daß die Preise für die Jagdreviere gedrückt würden.

Zur Reichsfinanzreform.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie die „Tägl. Rundsch." erfährt, beschäftigt man sich in den leitenden Kreisen seit Ende vorigen Monats mit der Frage, ob ein Ausbau der Regierungsvorlage über die **Erbrechtsreform** behufs höherer Einkünfte für das Reich angängig erscheint.

Detmold. (Priv.-Tel.) **Staatsminister Freiherr v. Gevekot** erklärte im Landtage, daß die Regierung gezwungen sei, dem **Steuerkompromiß entgegenzutreten.** Wenn dasselbe Gesetzeskraft erlangte, würde der Bundesstaat Lippe finanziell zu grunde gehen. Der Minister sprach weiter scharf gegen den Gedanken,